

«HalbeHalbe» in politischen Gremien: Initianten wollen Verfassung ändern

Kompromiss Eine Quote fordert das Initiativkomitee «HalbeHalbe» nicht. Ein Zusatz in der Verfassung soll aber einen gemeinsamen Nenner darstellen, um eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in politischen Gremien zu erreichen.

VON DANIELA FRITZ

«Mann und Frau sind gleichberechtigt.» So heisst es in Artikel 31 der Verfassung. Der geringe Frauenanteil im Landtag und anderen politischen Gremien spricht jedoch eine andere Sprache. Weltweit belegt Liechtenstein bezüglich der Vertretung von Frauen im Parlament Platz 153. «Gleichzeitig hat Liechtenstein in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen unternommen, was sein Image und Aussenbild in der Welt anbelangt. Das passt nicht zusammen», meint Corina Vogt-Beck, Vorstandsmitglied von Hoi Quote. Dies soll sich nun ändern. Der Verein arbeitete gemeinsam mit Juristen an einer möglichen Lösung. Mit einer Geschlechterquote ist in Liechtenstein allerdings keine Mehrheit zu finden - das ist auch Hoi Quote klargeworden. Statt ein konkretes Quotenmodell vorzuschlagen, setzt der Verein daher auf einen Kompromiss und fand so Mitstreiter aus anderen Lagern.

Viel Freiheiten für Gesetzgeber

Das überparteiliche Initiativkomitee «HalbeHalbe» - bestehend aus Corina Vogt-Beck, Remo Looser, Martina Haas, Walter Kranz, Jnes Rampone-Wanger und Roland Marxer - will mit einem Zusatz in der Verfassung auch die faktische Gleichstellung erreichen. Dazu reichte das Komitee gestern offiziell eine Initiative ein, um den Gleichberechtigungssatz aus Artikel 31 zu ergänzen. Neu aufgenommen werden soll der Satz: «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert.» Damit würde der Gesetzgeber in die Pflicht genommen, Massnahmen zur



Das Initiativkomitee «HalbeHalbe» stellte sich und seine Anliegen vor (v. re.): Jnes Rampone-Wanger, Roland Marxer, Walter Kranz, Martina Haas, Remo Looser und Corina Vogt-Beck sowie die Rechtsberaterin Hannah Blecha. (Foto: Trummer)

Förderung der Gleichstellung zu setzen, indem er entsprechende Gesetze und Verordnungen erlässt. In der Wahl der Mittel wäre die Politik jedoch frei. Auch die Begriffe «ausgewogene Vertretung» und «politische Gremien» sind bewusst offen gewählt, um dem Gesetzgeber möglichst viele Freiheiten zu lassen, betonen die Initianten. So viel sei aber klar: Wenn nur 3 von 25 Abgeordneten weiblich sind, kann von «ausgewogen» keine Rede sein.

Stellt sich die Frage, ob der kleine Zusatz grosse Änderungen zur jetzigen Fassung bewirkt. Schliesslich ist die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann bereits heute klar formuliert. Dazu heisst es auf der neu aufgeschalteten Website der Initiative halbehalbe.li: «Die Forderung

nach Gleichstellung allein war für die Politik bisher etwas, was man nicht aktiv als Ziel verfolgen musste. Die Aufforderung, eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern zu fördern, ist um einiges klarer und verbindlicher.» Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini wollte die Initiative gestern nicht näher kommentieren. Er nehme diese mit Interesse zur Kenntnis und werde den konkreten Initiativtext abwarten.

Mit ihrem Vorhaben hoffen die Initianten jedenfalls, einen gemeinsamen Nenner und möglichst viele Unterstützer zu finden. Das absolute Minimum formuliert Roland Marxer: Eine offene und faire Diskussion, wie faktische Gleichstellung erreicht werden kann. Dass dabei

nicht mehr zwangsläufig das Wort «Quote» fällt, dürfte hilfreich sein.

Noch einige Hürden zu nehmen

Die Initiative muss allerdings noch einige Hürden nehmen, bis es der Zusatz in die Verfassung tatsächlich schaffen könnte. Nach der formellen Prüfung durch die Regierung wird diese kundgemacht. Ab diesem Zeitpunkt haben die Vertreter von «HalbeHalbe» sechs Wochen Zeit, um 1500 Unterschriften für ihr Anliegen zu sammeln. Schaffen sie dies, und die Verantwortlichen sind optimistisch gestimmt, wird die Initiative spätestens in der übernächsten Landtagssitzung behandelt. Die Abgeordneten können darauf eintreten oder diese ablehnen - dann landet die Initiative vor dem Volk. Seite 3